

frei.hessen

MAGAZIN VON PARTEI UND FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN HESSEN

RENÉ ROCK

Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Hessischen Landtag und
Spitzenkandidat der Freien
Demokraten zur Landtagswahl 2018

Zukunft
Aufstieg
Chancen

Unser Hessen kann mehr



SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

2018 werden Sie den 20. Hessischen Landtag wählen. Sie werden auch darüber entscheiden, wie und wohin unser Land in Zukunft gesteuert werden soll. Fakt ist: Die rasanten Entwicklungen in der Welt stellen auch Hessen vor große Herausforderungen. Zwar hat sich unser Land in den vergangenen Jahren an vielen Stellen erfolgreich entwickelt, allerdings sind viele dieser Fortschritte die Früchte einer ambitionierten Politik, für die wir Freie Demokraten in der Vergangenheit an entscheidenden Punkten mutig die Weichen gestellt haben. Mit einer kurzsichtigen, ideologiegetriebenen und in vielen Punkten nur dem Koalitionsfrieden geschuldeten Politik hat die schwarz-grüne Landesregierung die Zukunftsfähigkeit unseres Landes jedoch aufs Spiel gesetzt.

Es ist Aufgabe der Politik, für nachhaltige Entwicklungen einen vernünftigen Rahmen zu setzen. Wo soll Hessen 2030 stehen? Wie wird sich unsere Gesellschaft entwickeln? Wie können wir für den Einzelnen größtmöglichen Freiraum und bestmögliche Chancen schaffen? All das sind Fragen, mit denen wir uns befassen müssen. Denn unser Hessen kann mehr! Es braucht jedoch klare, langfristige Ziele und ein durchdachtes Zukunftskonzept. Nur mit einer Agenda für die nächsten Legislaturperioden kann der derzeit lähmende Stillstand durchbrochen werden, um auch in Zukunft Wettbewerbsfähigkeit, Fortschritt und Wohlstand zu sichern. Wir Freie Demokraten wollen unser Land vom Reparaturbetrieb zurück in den Gestaltungsmodus bringen. Wir wollen jedem Einzelnen Chancen bieten, der bereit ist, diese auch zu ergreifen. Machen wir unsere Kitas und Schulen zu den besten im Land, damit unsere Kinder und Enkelkinder die besten

Startchancen in ihr Leben bekommen und starke Persönlichkeiten werden können. Gestalten wir ein modernes Umfeld für ein Wirtschaftsleben, in dem wir flexibel arbeiten und uns unbürokratisch beruflich verwirklichen können. Bauen wir eine moderne Infrastruktur und digitalisierte Verwaltung auf, die uns nicht mehr unnötig Lebenszeit kosten, weil wir in der Warteschlange oder im Stau stehen. Das alles geht nicht von heute auf morgen. Aber wir wollen und müssen schon heute die Grundlagen für eine positive Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten legen – auch wenn sich Erfolge teilweise erst langfristig einstellen werden. Es braucht eine echte HessenAgenda für ein erfolgreiches, lebenswertes Hessen auch im Jahr 2030. Als Spitzenkandidat der Freien Demokraten zur Landtagswahl 2018 freue ich mich, wenn Sie uns dabei unterstützen.

IHR

RENÉ ROCK
VORSITZENDER DER FDP-FRAKTION
IM HESSISCHEN LANDTAG



facebook.com/rene.rock.fdp/



twitter.com/rock_fdp



Sie können frei.hessen auch online lesen:

fdp-fraktion-hessen.de/frei-hessen



© gpointstudio / iStock / Thinkstock

4

Zukunft fängt bei den Kleinsten an

4 Zukunft fängt bei den Kleinsten an

TITELTHEMA

12 Haushalte werden in guten Zeiten ruiniert

SPECIAL

6 Gemeinsam die Welt entdecken

FREMDE FEDER von Judith Gast

14 Aller Anfang ist hessisch

BLICKPUNKT BERLIN

8 Trendwenden für Hessen

LANDESPARTEITAG von Oliver Stirböck
LANDTAGSKANDIDATEN FDP Hessen

15 Pinnwand

KURZ UND BÜNDIG

10 Hinfallen erlaubt, Liegenbleiben nicht

FOKUS von Till Mansmann

16 Dem amerikanischen Vorbild folgen

INTERVIEW mit Markus Schaarschmidt

IMPRESSUM

Zukunft fängt bei den Kleinsten an



© diego_cervo / iStock / Thinkstock

Nur wenige Tage vor der Bundestagswahl überraschten Volker Bouffier, Tarek Al-Wazir und Stefan Grüttner mit einer anscheinend guten Nachricht für viele Eltern in Hessen: Ab August 2018 werden keine Kindergartengebühren mehr erhoben. Doch ist die Ankündigung tatsächlich so positiv, wie sie scheint?

Schwarz-grüne Sturzgeburt

„Das vorgelegte Konzept ist eine Sturzgeburt und geht an den aktuellen Herausforderungen der Kindertagesstätten und den Bedürfnissen der Eltern absolut vorbei“, kritisierte René Rock, sozialpolitischer Sprecher und Vor-

sitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, die Pläne der schwarz-grünen Landesregierung. Tatsächlich sind die Anliegen der Eltern andere: Wie eine Befragung der Bertelsmann-Stiftung zeigt, klagen 72 Prozent der Eltern über nicht ausreichend Kita-Plätze. Annähernd genauso viele (69 Prozent) sind der Meinung, dass es keine hochwertige Kita-Betreuung für ihre Sprösslinge gibt. Und dabei handelt es sich keineswegs um subjektive Eindrücke: Laut Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) fehlen in Hessen aktuell 23.000 Krippenplätze. Dazu kommen weitere 10.000 Kindergartenplätze, wie der Hessische Städte- und Gemeindebund festgestellt hat. Die aktuell steigende Geburtenrate lässt einen höhe-

ren Bedarf in Zukunft erwarten. Dass es darüber hinaus bereits heute viel zu wenig Erzieher gibt, ist nicht erst seit einer Ende August veröffentlichten Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung klar. Im vergangenen Jahr kümmernte sich eine Kita-Vollzeitkraft rein rechnerisch um 3,8 Kinder. Laut Empfehlung der Stiftung sollten es 3,0 Kinder sein. Für einen kindgerechten Personalschlüssel fehlen demnach zusätzliche 7.400 Vollzeit-Mitarbeiter und weitere 329 Millionen Euro jährliche Investitionen.

Kindgerechte Betreuung

Wie können Eltern, Erzieher und auch die Politik einem Kind gerecht werden? Und was bedeutet „kindgerecht“ in der alltäglichen Arbeit in den Kindertagesstätten? Antworten auf diese Fragen sammelt Rock derzeit im Rahmen seiner Kita-Tour. Von Zwingenberg bis Waldeck-Frankenberg, von Seligenstadt bis Haiger – der sozialpolitische Sprecher der FDP-Fraktion ist quer durch Hessen unterwegs, um sich vor Ort ein Bild über die Erwartungen seitens der Fachkräfte und der Eltern an die Politik zu machen. „Eltern wollen das Beste für ihr Kind. Sie wollen den optimalen Ort, an dem den Bedürfnissen ihres Kindes Rechnung getragen wird“, stellte Rock bereits in den ersten Gesprächen mit Eltern und Elternvertretern fest. Die von der schwarz-grünen Landesregierung beschlossene Gebührenfreiheit kommt jedoch allein dem Geldbeutel der Eltern, nicht aber den Kindertagesstätten, geschweige denn den Kindern zugute. „Es muss darum gehen, die Kinder zu fördern, zu unterstützen und zu begleiten“, fordert Rock. „Die Qualität der Kindertagesstätten muss sich vom Kind und seinen entwicklungspezifischen Bedürfnissen ableiten. Wir müssen endlich aufhören, diese Einrichtungen ausschließlich als Kostenfaktor zu sehen.“ Kinder sind unsere Zukunft und gerade deshalb ist es notwendig, ihnen von Anfang an die richtige Unterstützung und Förderung zukommen zu lassen. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass gerade Kleinkinder individuell lernen – jedes Kind nach seinem Tempo, Interessen und Fähigkeiten. Deshalb bedarf es gerade in den ersten Jahren des Spielens und des Ausprobierens, des Entdeckens und der Neugier eines Umfelds, das sich der Bedürfnisse des Kindes annimmt und Anreize zum Lernen bietet. Deshalb verläuft auch die thematische Auseinandersetzung aufgrund der Entwicklungsstufen, die die Kinder absolvieren, nicht gleich und muss immer wieder in unterschiedlicher Art und Weise erfolgen. Lernen findet oft in anderen Situationen statt als gedacht und vor allem als von Erwachsenen, Eltern und Fachkräften geplant.



Frühkindliche Bildung muss sich auf das einzelne Kind einstellen und dieses mit seinen Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellen. „Investitionen in eine qualitativ gute Frühförderung führen auf lange Sicht dazu, dass später weniger Mittel eingesetzt werden müssen, um Versäumtes zu reparieren“, begründet René Rock die Forderung seiner Fraktion nach zusätzlichen Investitionen in frühkindliche Bildung. Mit zusätzlichen 100 Millionen Euro pro Jahr wollen die Freien Demokraten für quantitative und qualitative Verbesserungen sorgen und setzen dabei klare Prioritäten.

Quantitativer und qualitativer Ausbau vor Kostenfreiheit

Um die Betreuung zu sichern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, muss aus Sicht der Freien Demokraten vorrangig in den Ausbau der Krippenplätze investiert werden. Dabei sei es nicht ausreichend, „nur“ zusätzliche Plätze zu schaffen. Die Bereitstellung kindgerechter und bedarfsorientierter Räumlichkeiten gehöre ebenso dazu wie gut qualifiziertes Personal. Nur durch genügend gut ausgebildetes Fachpersonal kann der Dreiklang der Aufgaben Bildung, Erziehung und Betreuung in den Kindertagesstätten gewährleistet werden. Die Qualität der Arbeit in den Kindertagesstätten hängt maßgeblich von den Menschen ab, die dort tagtäglich arbeiten. Viele tausend Erzieherinnen und Erzieher arbeiten äußerst engagiert und motiviert in den unterschiedlichsten Einrichtungen. Es ist wichtig, dass sie die bestmögliche Ausbildung erhalten. „Der Fachkräftemangel darf nicht dazu führen, dass Abstriche an den Anforderungen und den Qualitätsstandards gemacht werden, denn wir vertrauen diesen Menschen das Wichtigste an, das wir haben, und zwar unsere Kinder, und deshalb wollen wir, dass diese dort bestmöglich betreut und gefördert werden“, so Rock. Die Ausbildungsinhalte müssen an die Erkenntnisse der Fachwissenschaften und an die veränderten Herausforderungen angepasst werden. Darüber hinaus gilt es, den Arbeitsplatz Kindertageseinrichtung attraktiv zu gestalten, um die Fachkräfte nicht zu verlieren und neue zu gewinnen. Dazu gehört einerseits eine angemessene Bezahlung und Weiterbildungsmöglichkeiten und andererseits aber auch die gesellschaftliche Anerkennung der Arbeit, die dort verrichtet wird.

Immer wieder wird deutlich, dass Chancengerechtigkeit nicht erst in der Schule beginnt, sondern die Grundlagen bereits früher gelegt werden. Kindertagesstätten haben hier an Bedeutung gewonnen. Zentral ist deshalb auch die Schulvorbereitung, die in Hessen mit dem Bildungs- und Erziehungsplan und dann auch mit dem Qualifizierten Schulvorbereitungsjahr in den Vordergrund gerückt ist. Die Kindertagesstätten bieten vielseitige Programme und Projekte vornehmlich für Kinder im letzten Kindergarten-

Fortsetzung auf Seite 7

Gemeinsam die Welt entdecken

Bei einem Rundgang durch unsere Kita „Pusteblume“ im Rahmen der Herbsttour von René Rock stand sie plötzlich im Raum, die Frage: Was darf ein Kind kosten? Und obwohl ich mich lange damit beschäftigte, eine Beantwortung mit numerischen Begriffen ist mir nicht möglich. Mit der „Währung“ der Kinder kenne ich mich aber gut aus: Bindung, Zuwendung, Begleitung und Förderung sind die Dinge, die unsere Kinder brauchen.

Und auch, wenn er etwas „verstaubt“ daherkommt, möchte ich hier den Begriff des Kindergartens zur sinnbildlichen Veranschaulichung heranziehen. Denn, anders als das Wort Kindertagesstätte es inhaltlich ausdrückt, geht es in unseren Einrichtungen der frühkindlichen Bildung vielmehr um Prozessbegleitung als ums Tagesgeschäft. Die Kinder müssen, gleichsam den Pflanzen in einem Garten, in ihrem Wachsen begleitet werden. Es geht nicht um eine Aufbewahrung, während die Eltern arbeiten gehen, im Mittelpunkt unserer Arbeit muss die Bildung der Kinder, nicht nur deren Betreuung stehen. Dabei geht es um die Beobachtung von Bedürfnissen, Förderung von Fähigkeiten, das gemeinsame Entdecken der Welt (im Sinne von Co-Konstruktion und Partizipation) und das gezielte Arbeiten an Defiziten, um die kleinen Persönlichkeiten in ihrer individuellen Entwicklung zu begleiten.

Aus der Neurowissenschaft wissen wir, dass die ersten Lebensjahre die prägendsten überhaupt sind. Hier wird der Grundstein gelegt für eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung, für sprachliche und soziale Kompetenzen. Ein Kind, das mit einem großen Rucksack an erworbenen Kompetenzen in die Schule starten kann, wird sich seinen Aufgaben mit Freude, Zuversicht und Ausdauer stellen können. Es wird zu einem Menschen heranwachsen, der seine Gesellschaft und Zukunft aktiv mitgestalten kann. Und das Tolle ist, die Kinder bringen eigentlich alles mit: Sie sind von Geburt an lernfreudig und wissbegierig! Sie kommen mit einer großen Portion Neugier in unsere Kita. Wir greifen diese Freude am spielerischen Lernen auf, um gemeinsam mit den Kindern die Welt zu entdecken. Dabei suchen wir mit ihnen zusammen Antworten auf unterschiedlichste Fragen. Es wird gespielt, gebacken, gebastelt, experimentiert, geturnt und musiziert. Im Stuhlkreis besprechen die Kinder, was ihnen wichtig ist, bei Kinder-

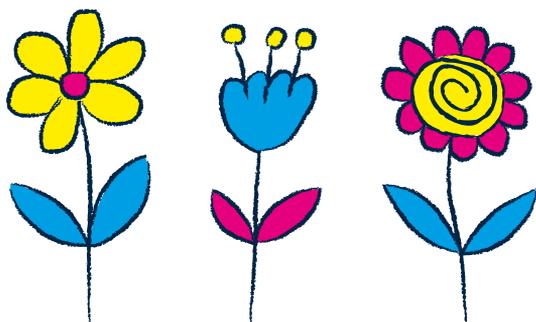


JUDITH GAST

Dipl.-Sozialpädagogin, Leiterin Städtische Kita Pusteblume, Hochheim am Main

konferenzen lernen sie erstmals Züge der Demokratie kennen. Beim Spielen draußen und bei Ausflügen in die nähere Umgebung beobachten die Kinder den Jahreslauf und die Wunder der Natur.

Das Aufwachsen in der Kindergruppe ermöglicht dem Kind dabei, mit anderen in Kontakt zu kommen. Es baut Freundschaften und Beziehungen zu den Kindern und Erziehern/Erzieherinnen auf. Beim Spielen mit den anderen lernen die Kinder selbstständiges Handeln und die Auseinandersetzung mit ihren Mitmenschen und der Umwelt. Ihre Selbstsicherheit wächst und sie können ein positives Selbstbild entwickeln. Auf diese Weise lernen sie, ihre Meinung zu finden und zu vertreten. Sie übernehmen Verantwortung für sich und andere und sind in der Lage, Konflikte zu bewältigen. Wir begegnen den Kindern daher in einer Kultur der Offenheit, des Hinhörens und Beobachtens und machen ein respektvolles Miteinander im Sinne der Partizipation für die Kinder erleb- und begreifbar.



Die Ausbildung der Erzieherinnen, das Studium der Pädagoginnen und etwaige Fortbildungen machen das Kita-Personal zu professionellen Fachkräften der frühkindlichen Bildung. Unsere Mitarbeiter sind hoch motiviert, da dieser

Beruf oft mit Berufung einhergeht. Von der Politik wünsche ich mir, dass die Fachkräfte mehr Möglichkeiten bekommen, ihre Fähigkeiten einzusetzen und ihre Pläne und Vorstellungen in die Tat umzusetzen.

Um dem beschriebenen Bildungsanspruch gerecht zu werden, benötigen die Kitas aus meiner Sicht:

- **Kleinere Gruppen**
bei Gruppen mit 25 Kindern im Alter von 3 bis 7 Jahren ist individuelle Förderung oft mehr Wunsch als Realität
- **Mehr Personal**
neben den organisatorischen „Alltagsaufgaben“ muss Zeit für Beziehung und individuelle Hinwendung bleiben
- **Ausreichend Differenzierungsräume**
für Kleingruppenarbeiten, insbesondere für die Bereiche Sprache und Schulvorbereitung
- **Angemessene Vorbereitungszeit**
zur Dokumentation, Planung und Ausarbeitung von Angeboten gemäß dem Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan sowie für Kooperationsgespräche mit Eltern
- **Reflexions- und Supervisionsgespräche**
zur professionellen Weiterbildung
- **Leitungsfreistellung**
zur Umsetzung einer kompetenten Teamführung, Konzeptions- und Qualitätsentwicklung

Fortsetzung von Seite 5

jahr. „Es ist uns ein zentrales Anliegen, dass alle Kinder optimal auf das erste Schuljahr vorbereitet werden, um ihnen den Einstieg zu erleichtern“, erklärt Rock und verweist auf das Konzept der Qualifizierten Schulvorbereitung, das von 2012 bis 2014, unter Verantwortung der liberalen Kultusministerin Nicola Beer, an 28 Standorten in Hessen als Modellversuch durchgeführt worden ist. „Die Evaluationsergebnisse waren durchweg positiv und zielführend. Gerade der Übergang von Kindertagesstätte zur Schule wurde oftmals als zentral für die Kinder beschrieben. Deshalb sei es richtig, dass sich sowohl die pädagogischen Fachkräfte der Tagesstätte als auch die Lehrkräfte der Grundschulen miteinander abstimmen. Rock und seine Fraktion wollen das Konzept auf freiwilliger Basis flächendeckend einführen.

Bedürfnisse der Eltern berücksichtigen

Nicht nur die Zusammenarbeit mit den Grundschulen, auch die mit den Eltern gilt es nach Ansicht der Freien Demokraten zu stärken. Durch das Kinderförderungs-gesetz seien die elterlichen Partizipationsmöglichkeiten zwar erhöht worden, das Lebensumfeld der Kinder müsse aber

noch mehr einbezogen und der Dialog mit den Eltern verfestigt werden. Rock schlägt hierfür die Einsetzung eines Landeselternbeirats vor. Darüber hinaus wollen er und seine Fraktion die Rahmenbedingungen für die Eltern verbessern. „Wir benötigen eine Kinderbetreuung, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht konterkariert, sich an den Lebenswirklichkeiten orientiert und nicht an Verwaltungsvorschriften“, begründet Rock die Forderung nach bedarfsgerechten Betreuungszeiten und die Entscheidungsmöglichkeit für Eltern, die Kindertagesstätte entweder wohnortnah oder in der Nähe zum Arbeitsplatz wählen zu dürfen.

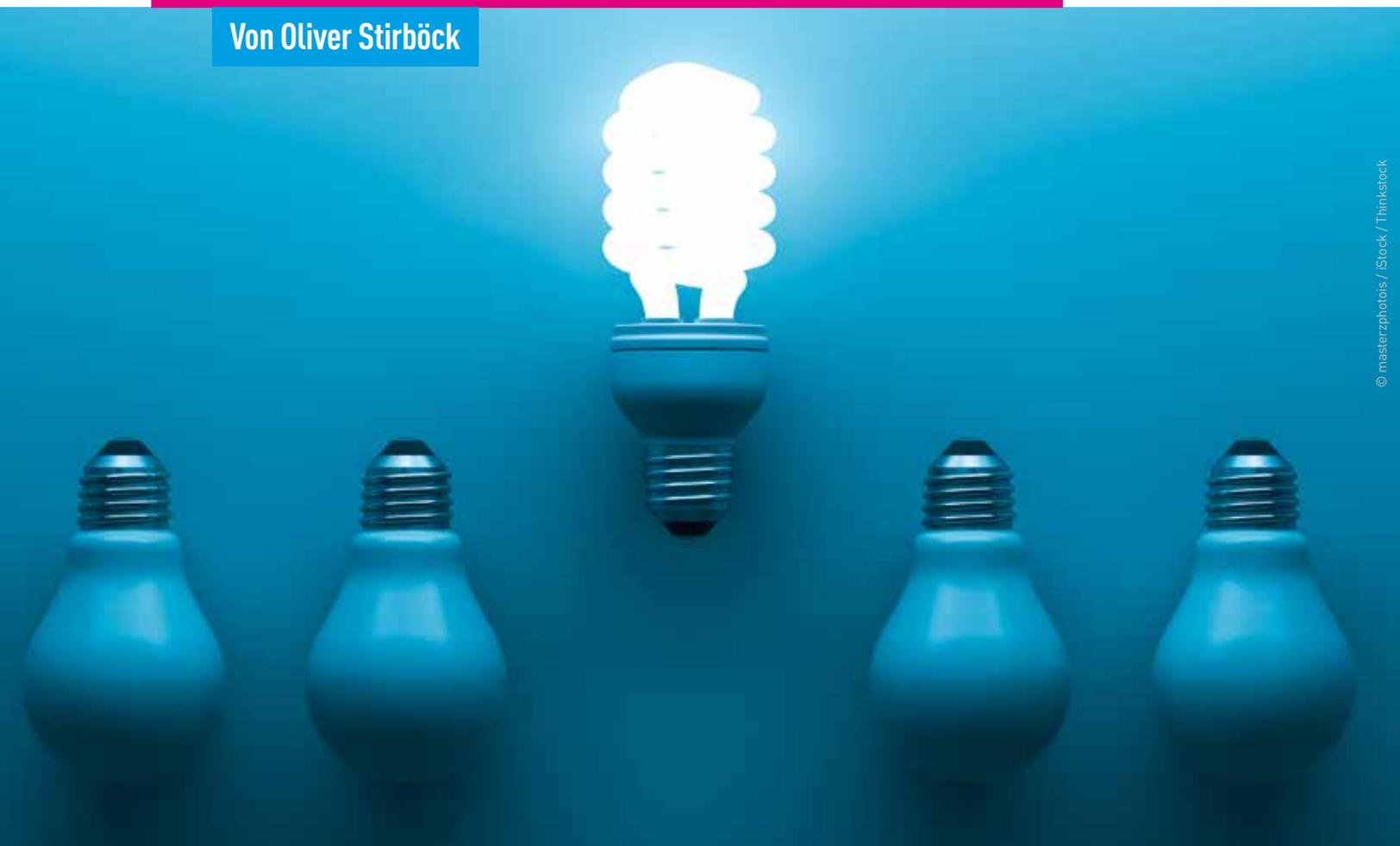
Erst, wenn die Freien Demokraten alle diese Maßnahmen erfüllt sehen, können aus ihrer Sicht die Gebühren entfallen.





Trendwenden für Hessen

Von Oliver Stirböck



Es gibt zu viel Stillstand in der Politik. Was auf dem Landesparteitag in Hofheim Landesvorsitzender Dr. Stefan Ruppert für die Bundespolitik an notwendigen Trendwenden beschrieb, diagnostizierte Fraktionsvorsitzender René Rock für die Landespolitik.

Rock skizzierte dabei das Bild einer motivationslosen Landesregierung. Für Hessens Wirtschaft wichtig seien „Straßen, Flughafen, Banken und Industrie“. Dafür zuständig sei ein Minister, der Straßen, Flughafen, Banken und Industrie entweder nicht möge oder sich nicht dafür interessiere. Der Fraktionsvorsitzende mahnte daher mehr Tatendrang und mehr Ehrgeiz für die ökonomische Zukunft des Landes an.

In seiner Rede ließ Rock durchblicken, dass er aber nicht allein auf die Abgrenzung der Landesregierung in der

Wirtschaftspolitik setzt, sondern auch der Bildungspolitik ein hohes Gewicht beimisst. Damit steht er in der Tradition der ehemaligen Kultusministerinnen Doris Henzler und Nicola Beer.



„Ein stumpfes ‚Weiter so‘ kann nicht das Fundament für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bilden.“

Dr. Stefan Ruppert, MdB
Landesvorsitzender der FDP Hessen

Der Fraktionsvorsitzende beschrieb anhand seiner Biographie, dass er immer in einer Minderheits-Rolle war, zunächst als Deutscher unter Holländern, dann als Mitglied der evangelischen Kirche im katholischen Seligenstadt und

zuletzt als Freier Demokrat: „Das hat mich nicht verbittert, sondern stärker gemacht, aus der Minderheitenposition heraus für Mehrheiten zu streiten“, so Rock. Mit Erfolg, denn es ist maßgeblich auch seinem Geschick zuzuschreiben, dass die FDP in der ehemaligen CDU-Hochburg Seli-



„Wir wollen nicht mehr nur Korrektiv sein. Wir wollen gestaltende Kraft sein.“

René Rock
FDP-Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2018

genstadt einen direkt gewählten Bürgermeister stellt und bei den letzten Kommunalwahlen über 20 Prozent erzielte. Die politische Entwicklung Rocks zeigt auch, dass ihm eine enge Anlehnung an die Union fremd ist. Er setzt auf eine selbstbewusste, eigenständige FDP. Der von ihm in seiner Rede empfohlene Verzicht auf eine Koalitionsaussage zeigt

dieses Selbstverständnis. Bestätigt fühlen können sich in ihrer Einschätzung auch die Jungen Liberalen. Sie hatten dies bereits 2014 als Lehre aus der vergangenen Landtagswahl gefordert. Politische Beobachter halten es nicht für einen Zufall, wer der erste Gratulant Rocks aus dem politischen Wiesbaden war: SPD-Hessen-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel. „Die Delegierten“, so ließ er die hessischen Medien wissen, hätten mit Rock „eine kluge Wahl getroffen“.

Über 90 Prozent bei seiner Kandidatur für Listenplatz 1 und auf hessischen Parteitag selten gewordene Standing Ovationen für Rocks Wahl zeigen, dass „Mannschafts-spieler“ (Selbstbeschreibung) Rock die Herzen der Delegierten erreichte. „Rock ist eher ein Politiker der leiseren Töne, der sich in den nächsten Monaten bekannt machen muss“, analysierte der Hessische Rundfunk. Die Partei zeigte sich in Hofheim fest entschlossen, ihren neu gewählten Spitzenkandidaten dabei zu unterstützen, auch die Herzen der Menschen in ganz Hessen zu erreichen.

Unsere Liste zur Landtagswahl 2018



1. René Rock



2. Jürgen Lenders



3. Wiebke Knell



4. Dr. Stefan Naas



5. Moritz Promny



6. Dr. h. c. Jörg-Uwe Hahn



7. Stefan Müller



8. Dr. Matthias Büger



9. Oliver Stirböck



10. Marion Schardt-Sauer



11. Yanki Pürsün



12. Lisa Freitag



WEITERE LISTENPLATZIERUNGEN:

<http://bit.ly/2z586xx>

Hinfallen erlaubt, Liegenbleiben nicht

Digitalisierung und die Chance zu neuer Flexibilität

Von Till Mansmann, MdB

Es ging den schlesischen Webern nicht gut, wirklich nicht, damals, 1844, als sie sich entschlossen, zu revoltieren. Es ist verständlich, dass sie in den neuen mechanischen Webstühlen, mit denen die Massenanfertigung von Stoff in guter Qualität möglich war, ein Teil ihres Problems sahen: Die Maschinen waren teuer, führten aber zu hoher Produktion – und ließen so die Preise sinken, mit denen die Handarbeit immer weniger konkurrieren konnte.

Bei allem Verständnis für die Anprangerung von Missständen in der industriellen Revolution: Die schnelle Entwicklung immer besserer Maschinen, der Beginn der industriellen Massenproduktion, war nicht aufzuhalten – und ein Aufhalten hätte auch die Lage nicht verbessert, im Gegenteil. Heute wissen wir: Maschinen haben unser Leben und unsere Arbeit nicht verschlechtert, sondern verbessert. Der technische Fortschritt der letzten Jahrzehnte hat uns sehr viel mehr Wohlstand gebracht als jede wirtschaftliche Umwälzung zuvor. Nicht wenige Wissenschaftler, die sich mit der Entwicklung der Arbeit, mit technischem Fortschritt oder wirtschaftlichem Strukturwandel beschäftigen, gehen jedoch davon aus, dass uns jetzt wieder eine Revolution bevorsteht, die mit der industriellen Revolution vergleichbar ist: Die Digitalisierung hat unser Arbeits- und Privatleben schon stark beeinflusst, und die Veränderungen könnten noch viel größere Umwälzungen nach sich ziehen. Und natürlich ist das mit Problemen verbunden – das ist die negative Sichtweise. Positiv betrachtet liegen aber auch enorme Chancen für uns alle in den neuen Möglichkeiten, die Datenverarbeitung, elektronische Kommunikation und die massenweise Verfügbarkeit von Endgeräten bieten.

Veränderungen gestalten, nicht ablehnen

Die einen haben, wie die Weber 1844, Angst, ihre Arbeit und vertraute Strukturen zu verlieren. Andere sind hingegen überzeugt, dass das Leben von sehr vielen besser wird, wenn die staatliche Verwaltung effizienter und bür-

gerfreundlicher wird, indem viele Dienste rund um die Uhr von zu Hause aus in Anspruch genommen werden können, wenn immer speziellere Bedürfnisse zielgenau befriedigt und Wünsche passgenau bedient werden können.

Eine generelle Ablehnung, die Hoffnung, eine Art Maschinensturm könnte die Veränderungen aufhalten, erscheint vor diesem Hintergrund nicht nur unrealistisch, sondern grundfalsch: Klug ist es, sich den Herausforderungen zu stellen und die Veränderungen zu gestalten anstatt sie abzulehnen oder einfach über sich hereinbrechen zu lassen. Im Grunde gilt das Motto eines unserer Wahlplakate der letzten Bundestagswahl: „Manchmal muss ein ganzes Land vom 10er springen.“ In anderen Worten: Manchmal muss eine ganze Gesellschaft zum Unternehmer werden.

Kultur des Scheiterns

Gerade Deutschland, das als rohstoffarmes, aber ideenreiches Land dringend darauf angewiesen ist, im internationalen Wettbewerb in vielen Gebieten Innovationsführer zu sein und zu bleiben, muss sich politisch darauf einstellen. Das gilt insbesondere für Hessen, in Deutschland zentral gelegen und mit zahlreichen Wirtschaftszentren und Universitätsstandorten in vielen Bereichen vorne mit dabei.

Der Weg, den wir beschreiten, ist kein ausgetretener Pfad, keine befestigte Straße, keine gerade Schiene in die Zukunft, sondern geht durch unwegsames, unübersichtliches Gelände – gelegentliches Stolpern nicht ausgeschlossen. Deswegen brauchen wir gerade wegen der vielen Unwägbarkeiten auch eine Kultur des Strauchelns und Stolperns: Hinfallen ist erlaubt, nur Liegenbleiben nicht. Wir brauchen auch eine Kultur des Scheiterns, die es erlaubt, aus Fehlern zu lernen. Wer einmal eine Pleite erlebt hat, sollte nicht vernichtet, sondern gestärkt aus ihr hervorgehen. Nur so können wir sicherstellen, dass aus guten Ideen gute Unternehmen werden – und nicht gute Ideen bleiben, die nie umgesetzt werden. Nur so können wir gewährleisten, dass auch in einigen Jahren noch

deutsche Unternehmen, deutsche Unternehmer weiter Arbeitsplätze schaffen, Produkte anbieten und damit auch das Steuersubstrat sichern können, das wir für unseren Sozialstaat, für unsere Zivilgesellschaft, für die Zukunft unserer Kinder brauchen.

Das heißt aber auch, bisher Gewohntes, vielleicht sogar Vertrautes immer neu zu hinterfragen. Für die Politik bedeutet das, gesetzliche Regelungen, die Auswirkungen auf unser Wirtschaften haben, immer neu darauf zu prüfen, ob sie den Anforderungen der Gegenwart und Zukunft noch genügen, ob sie nicht bremsend oder gar ver hindernd wirken. Die Digitalisierung bietet vor allem die Chance zu ganz neuer Flexibilität – starre Vorschriften sind praktisch das Gegenteil davon. Das heißt nicht, auf Kontrolle zu verzichten – im Gegenteil: Intelligente Mechanismen müssen sicherstellen, dass unsere hohen rechtsstaatlichen Standards zum Beispiel im Schutz der Privat- und gar Intimsphäre weiter eingehalten werden können, indem sie auf die neuen Kommunikationsformen und technische Möglichkeiten angewendet werden. Insofern bedeuten wirtschaftliche Innovationen auch die Bereitschaft zu politischen Innovationen – die Gesetzgebung muss genauso intelligent und fortschrittlich gedacht werden wie die Wirtschaft, deren Regeln sie kontrollieren und deren Kraft sie entfalten soll. Auch in den Ministerien und Parlamenten muss ein Gründergeist herrschen und die Bereitschaft vorhanden sein, sich auf neue Gedankenwelten einzustellen.

Bildungsstandards sicherstellen

Eine wesentliche Aufgabe kommt dabei den Bildungssystemen zu. Frontalunterricht vor Schiefertafeln ist sicherlich nicht mehr die richtige Herangehensweise. Wir können auch hier neue Wege beschreiten, neue Lernorte schaffen und die Verzahnung von Bund und Ländern in diesen Fragen neu gestalten. Dabei geht es nicht darum, den Ländern die Hoheit über die Bildungseinrichtungen zu entziehen, sondern in ganz Deutschland, im geeinten Europa gewisse Standards sicherzustellen und die Strukturen ausreichend in der Fläche zu finanzieren. Das starre Kooperationsverbot könnte ein Hindernis darstellen, deswegen ist es gut, dass wir darüber diskutieren – wobei wir wissen, dass die hauptsächliche Kompetenz in Bildungsfragen in Deutschland in den Ländern liegt und wir dieses Wissen weiter brauchen, um die Antworten auf die Fragen zu finden, die Globalisierung, Digitalisierung und neue Kommunikationswege aufwerfen. Wesentliches Augenmerk sollten wir aus diesem Grunde auch darauf richten, ein noch größeres Verständnis für wirtschaftliche Abläufe in unserer Gesellschaft zu verankern. Gewollt und beschworen wird das schon lange, passiert ist trotzdem wenig. Wirtschaft und Finanzen sind für viele Menschen noch immer ein Buch mit sieben Siegeln. Das kommt nicht von ungefähr: Die Vermittlung dieser

immer wichtiger werdenden Themen kommt in unseren Schulen viel zu kurz. Unsere Schüler können eine Gedichtanalyse in drei oder vier Fremdsprachen schreiben, kennen sich mit Verträgen oder Versicherungen aber nicht aus. Eine gute Vorbereitung auf das Leben ist das nicht. Auch an einer Steuererklärung würden viele Menschen später verzweifeln, könnten sie sich nicht auf die Hilfe eines Steuerberaters stützen. Unsere Unwissenheit und unsere weit verbreiteten Vorbehalte, sich mit solchen Themen intensiver auseinanderzusetzen, kosten jeden Einzelnen und unsere Gesellschaft viel Zeit und Geld.

Arbeitswelt im Wandel

Die Arbeitsweise in der digitalen Welt erfordert Flexibilität, weil sich Aufgaben und Abläufe stetig verändern. Ausbildung und Qualifikation müssen sich besser auf die Erfordernisse der Zukunft einstellen. Das bedeutet: Spezifische Fähigkeiten und Fertigkeiten werden immer wichtiger. Ein Mehr an Flexibilität darf dabei allerdings nicht zu Missbrauch führen. Zusammenarbeit, Teilhabe und Mitbestimmung erlangen eine neue, eine andere und wichtigere Bedeutung. Die Arbeit von morgen wird sich durch mehr Kreativität, Freiräume, Selbstverantwortung und dezentrales Arbeiten kennzeichnen. Unternehmen müssen sich darauf einstellen. Indem sie Führung auf Augenhöhe, flache Hierarchien und Kollaboration über Abteilungsgrenzen hinaus ermöglichen, werden sie ein Arbeitsumfeld schaffen, das die besten Mitarbeiter anziehen und binden kann. Alles das ist aber nicht zuletzt auch eine Frage der Infrastruktur: So wie die tollsten elektronischen Geräte nichts nützen, wenn man sie an kein Stromnetz hängen kann, so erreichen digitale Dienstleistungen kein Haus, das nicht an Datenleitungen angeschlossen ist. Infrastruktur ist natürlich weiterhin auch der Bau von Autobahnen, Schienen und Wasserstraßen, nun kommt aber die Breitbandverkabelung praktisch gleichbedeutend dazu. Sie kann sogar dabei helfen, die Probleme des Verkehrsaufkommens zu lösen, indem sie manche Fahrten unnötig macht oder die Verkehrsströme besser organisiert. Auch bedeutende Senkungen des Verbrauchs und damit einhergehend eine Verminderung des CO₂-Ausstoßes werden dadurch möglich. Voraussetzung ist aber, dass die Gesellschaft die Herausforderungen annimmt: Digitalisierung muss eines der wichtigsten Themen der Politik werden, und davon darf kein Ressort verschont bleiben.





Haushalte werden in guten Zeiten ruiniert

© Eplistera / iStock / Thinkstock

Im vergangenen Herbst stellte Finanzminister Dr. Thomas Schäfer den hessischen Bürgerinnen und Bürgern sein neues „Haustier“ vor. Eine eierlegende Wollmilchsau habe Einzug ins Ministerium gehalten und trage den Namen „Doppelhaushalt 2018/2019“, erklärte er stolz.

Es ist Usus, dass die Landesregierung im Jahr vor der Wahl einen Doppelhaushalt präsentiert. Darin werden alle bis zum Ende der Legislaturperiode geplanten Ausgaben angeführt. Hessens neues Haustier stellt also auch den letzten großen Wurf des Finanzministers für die laufende Legislaturperiode dar. Dieser brüstet sich insbesondere damit, dass Hessen in 2018 erstmals seit Jahrzehnten mit der schwarzen Null plane, also komplett ohne neue Schulden auskomme. „Das Eigenlob für den ausgeglichenen Haushalt ist geradezu irrwitzig, denn auf der Einnahmeseite herrscht eitel Sonnenschein“, bilanzierte Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn den schwarz-grünen Haushaltsentwurf. Der finanzpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag verwies darauf, dass das Land allein in 2017 bis Ende Oktober insgesamt 4,6 Milliarden Euro mehr eingenommen habe als im sel-

ben Zeitraum 2013. Dies entspricht einer Steigerung von rund 33 Prozent innerhalb von vier Jahren. Bei derartigen Rahmenbedingungen hätte das Land längst in der Lage sein müssen, eine umfassende Schuldentilgung vorzunehmen, beanstandete Hahn. Mit ihrem Plan ruiniere die schwarz-grüne Koalition den Landeshaushalt nachhaltig – das war dem Haushaltspolitiker bei genauer Betrachtung sofort klar. „Mit der Gießkanne werden sämtliche neue Einnahmen über das Land verteilt und die Tilgung der Altschulden auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben. Stattdessen werden neue Ausgaben getätigt, die zukünftige Haushalte über Jahrzehnte binden werden“, kritisiert Hahn. So schafft die Landesregierung allein in den Jahren 2017 bis 2019 insgesamt 6.000 neue Stellen. Dazu kommen weitere strukturelle Mehrausgaben: 200 Millionen Euro pro Jahr für die Hessenkasse, 155 Millionen Euro für die Beitragsfreistellung der Kindergärten und mehr als 50 Millionen Euro für das kostenlose Jobticket der Landesbediensteten. Die Freien Demokraten im Hessischen Landtag gehen mit ihrer Haushaltspolitik einen grundlegend anderen Weg. Für



© monkeybusinessimages / iStock / Thinkstock



© pixel1962 / iStock / Thinkstock



© SerrNovik / iStock / Thinkstock

sie heißt Politik vor allem Schwerpunktsetzung. „Allen Wohl und keinem Weh‘ oder mit anderen Worten, die eierlegende Wollmilchsau kann nicht Grundlage solider, nachhaltiger und zukunftsgerichteter Politik sein“, bemängelt Hahn. Im Rahmen der Haushaltsberatungen habe seine Fraktion deshalb eine klare Fokussierung auf wichtige Zukunftsthemen vorgenommen. Ihnen sei dabei vor allem auch die Vermittlung der Botschaft wichtig gewesen, dass gerade in guten Zeiten strukturelle Veränderungen vorgenommen werden müssten, um für konjunkturelle Einbrüche gewappnet zu sein. Aus diesem Grund fordern die Freien Demokraten, die in der Steuerschätzung im Mai 2017 geschätzten Mehreinnahmen für 2018 von rund 360 Millionen Euro und die für 2019 von mehr als 500 Millionen Euro für wichtige politische Schwerpunktsetzungen einzusetzen. Aus ihrer Sicht sind das:

- **Ausbau und Qualitätssicherung in der frühkindlichen Bildung statt Gebührenfreiheit.**
- **Infrastrukturinvestitionen, die allen zugutekommen, statt ein Jobticket für Landesbedienstete.**

- **Digitalisierungsausstattung in den Schulen für bessere Bildung und**
- **mehr Sicherheit durch mehr Polizeianwärter.**

Für diese Schwerpunkte sieht die FDP-Fraktion Investitionen in Höhe von rund 235 Millionen Euro in 2018 und von mehr als 350 Millionen Euro in 2019 vor. Darüber hinaus soll ein signifikanter Beitrag zur Tilgung der Altschulden und damit zur Generationengerechtigkeit geleistet werden. „Statt einer schwarzen Null, wie von Schwarz-Grün geplant, könnten 2018 bereits rund 250 Millionen Euro und in 2019 statt 100 Millionen Euro deutlich mehr als 300 Millionen Euro getilgt werden“, schlägt Hahn vor. „Wir brauchen endlich ein beherztes Umsteuern, wenn wir den Haushalt nicht durch strukturelle Mehrausgaben mittelfristig wieder in eine Schiefelage bringen wollen.“ Genau das aber tue Schwarz-Grün, bemängelt Hahn. Von einer eierlegenden Wollmilchsau wagen die Freien Demokraten beim Doppelhaushalt 2018/2019 wahrlich nicht zu sprechen.

Aller Anfang ist hessisch

Dass an Hessen kein Weg vorbeiführt, ist für hiesige Landespolitiker keine neue Erkenntnis. Schließlich wurde das Bonmot in der Zeit der Regierung Koch zum Slogan einer in Wiesbaden nicht von allen politischen Lagern für gelungen empfundenen Imagekampagne. Ob der Ausspruch nun treffend die exponierte verkehrstechnische Bedeutung unseres Bundeslandes beschreibt oder vielmehr auf das übersteigerte Selbstbewusstsein der damals mit absoluter Mehrheit ausgestatteten CDU-Landesregierung zurückzuführen ist, obliegt wohl dem persönlichen Geschmack des Betrachters.

Da trotz der Endlosposse um den neuen Hauptstadt-Flughafen BER immer noch viele Wege nach Berlin führen, diese aber mitnichten alle über Hessen führen, fällt der rhetorische Brückenschlag zur Bundestagswahl an dieser Stelle schwer. Vielleicht halten wir uns deshalb besser an die Fakten und wandeln den Spruch süffisant in „Aller Anfang ist hessisch“ ab. Nicht nur, weil Hessen das älteste Bundesland Deutschlands ist, sondern weil es mit dem Ehrenvorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Dr. Hermann Otto Solms tatsächlich ein Hesse war, dem am 24. Oktober 2017 die Ehre zuteilwurde, die konstituierende Sitzung des Deutschen Bundestages als Alterspräsident zu eröffnen. In seiner Rede betonte das über die Parteigrenzen hinaus geschätzte FDP-Urgestein, dass das Abgeordnetenmandat einer großen Ehre und einer noch größeren Verpflichtung gleichkomme, da der Deutsche Bundestag nicht nur das einzige direkt vom Volk legitimierte Staatsorgan, sondern zugleich eines der einflussreichsten demokratischen Parlamente der Welt sei.

Dass er mit 76 Jahren als einer von 80 FDP-Abgeordneten in das Hohe Haus gewählt wurde und persönlich Anteil an dem historischen Wahlerfolg seiner Partei nehmen konnte, nahm Solms zum Anlass, seinen Ausführungen eine persönliche Bemerkung voranzustellen, die den langen Weg beschreibt, den die Freien Demokraten für diesen Moment zurücklegen mussten: „Nach vier schwierigen Jahren in der außerparlamentarischen Opposition haben wir das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurückgewonnen. Jetzt können wir der liberalen Stimme im Deutschen Bundestag wieder Gehör verschaffen. Und das war unser Ziel.“ Eifrig dazu beitragen wird auch die sechsköpfige hessische Landesgruppe der Freien Demokraten, der neben Dr. Solms auch Nicola Beer, Dr. Stefan Ruppert, Bettina Stark-Watzinger, Till Mansmann und Alexander Müller angehören.



Der Alterspräsident bezeichnete es als gemeinsame Aufgabe aller Abgeordneten, die gesellschaftlichen Debatten unserer Zeit wieder dorthin zu bringen, wo sie hingehörten, in den Deutschen Bundestag. Er warb dafür, die gewachsene Distanz zwischen den Bürgern und der Politik wieder zu verringern. Dafür brauche es weniger ideologische Grabenkämpfe, dafür wieder mehr problemorientierte Lösungen. Wichtig sei, den Menschen auf Augenhöhe zu begegnen und eine Sprache zu sprechen, die verstanden werde.



VIDEO:

<http://bit.ly/2hZf9RG>

Parlamentarischer Geschäftsführer

Der hessische Landesvorsitzende Dr. Stefan Ruppert wurde nach der Konstituierung der neuen FDP-Bundestagsfraktion zum Parlamentarischen Geschäftsführer (PGF) gewählt. Obwohl er das Amt schon von 2009 bis 2013 innehatte, ist diesmal vieles anders. Schließlich muss die Bundesfraktion komplett neu aufgebaut werden. Dabei stehen ihm Dr. Marco Buschmann als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer und Dr. Florian Toncar zur Seite.

PINNWAND

Bürgermeister

Mit 63,5 Prozent wurde **Daniel Christian Glöckner** in der Stichwahl gegen die SPD-Kandidatin zum neuen Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Gelnhausen, der Kreisstadt des bevölkerungsreichsten Landkreises in Hessen, gewählt. „Mit einem guten Gespür für die Anliegen der Bürger seiner Heimatstadt und einem klaren inhaltlichen Kompass bringt er ausgezeichnete Voraussetzungen für eine erfolgreiche Amtszeit mit“, so Landesvorsitzender Dr. Stefan Ruppert. Die hessischen Freidemokraten stellen hessenweit elf Bürgermeister.



Trauer

Im Alter von 91 Jahren ist das liberale Urgestein **Georg Albert** aus Homberg verstorben. Der Kreisverband Schwalm-Eder würdigte Albert als „einen Menschen, dessen Einsatz und ganze Kraft dem Liberalismus galt“. Neben seinem parteipolitischen Engagement war Georg Albert auch langjähriger Mandatsträger der FDP. Von 1981 bis 1997 und von 2001 bis 2006 war er ehrenamtlicher Beigeordneter im Kreisausschuss des Schwalm-Eder-Kreises. Im Anschluss war er bis zu seinem Tod als Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion tätig.



Neu im Landtag

Wiebke Knell hat am 1. November als Nachrückerin das Landtagsmandat der in den Bundestag eingezogenen Staatsministerin a.D. Nicola Beer übernommen. Die 36-jährige Politikwissenschaftlerin war zuletzt als Pressesprecherin für einen Fachverband des Handwerks tätig und brachte in diesem Jahr eine kleine Tochter zur Welt. Trotz ihres jungen Alters weist die Nordhessin langjährige politische Erfahrung auf, etwa als Präsidiumsmitglied der hessischen Freidemokraten oder als Fraktionsvorsitzende der FDP im Kreistag des Schwalm-Eder-Kreises.



Dienstjubiläum

Seit über 25 Jahren ist Büroleiterin **Elke Pluntke** in der Landesgeschäftsstelle beschäftigt. In dieser Zeit hat die gebürtige Mainzerin sieben Landesgeschäftsführer, vier Landesschatzmeister, drei Geschäftsstellenumzüge und unzählige Landesparteitage miterlebt. Eher zufällig kam sie 1991 zur FDP, plante sie ihre berufliche Zukunft doch eigentlich in Bayern. Dass sie aller Voraussicht nach bis zum Renteneintritt für die FDP Hessen arbeiten wird, war damals nicht absehbar, wie die 60-jährige Jubilarin berichtet.



Mitgliederzuwachs

Die **hessische FDP** wächst weiter. Ende Oktober konnte das nunmehr 6.000. Mitglied begrüßt werden. Damit verzeichnen die hessischen Freidemokraten zum zweiten Mal in Folge einen Mitgliederzuwachs. Letztmals lag der Mitgliederbestand im Jahr 2011 oberhalb der 6.000er Marke.

6.000 Mitglieder

Dem amerikanischen Vorbild folgen



MARKUS SCHAARSCHMIDT
Gründer und Entwickler
des Zentralen Fundbüros

In Deutschland wird weiter gegründet. Worauf führen Sie den anhaltenden Gründer-Boom zurück?

Vor allem auf die rasante technologische Entwicklung, die neue Produkte und Geschäftsfelder erst möglich macht. Die Akzeptanz, oftmals sogar das Bedürfnis nach Innovation, wächst heute auch immer stärker in etablierten Unternehmen.

Wo sehen Sie aktuell die höchsten Hürden für Unternehmensgründer in Deutschland?

Die Entscheidungswege sind noch immer sehr lang. Und wenn eine Kooperation aufgebaut wird, zieren sich größere Unternehmen dann auch noch mit der Bekanntgabe. Gerade in Sachen Risikobereitschaft und Investitionshöhe könnten wir noch mehr dem amerikanischen Vorbild folgen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass der Wille zum modernen E-Government in Deutschland ausbaufähig ist.

Welche Maßnahmen müsste die Politik ergreifen, um gründungswilligen Unternehmern den Weg in die Selbstständigkeit zu erleichtern?

Die Unternehmensgründung muss einfacher, schneller und günstiger werden. Wenn ein Unternehmen scheitert, darf das nicht die Lebensgrundlage zerstören, vom gesellschaftlichen Stigma einmal abgesehen. Christian Lindner hatte diesbezüglich schon 2015 eine viral gewordene Rede gehalten, die sehr gut in der Start-up-Szene ankam. Auch sein Statement, dass der deutsche Steve Jobs bereits an der Baunutzungsordnung seiner Garage gescheitert wäre, hat den Nagel auf den Kopf getroffen.

Mit Ihrem Zentralen Fundbüro expandieren Sie gerade in die USA. Inwiefern unterscheidet sich die amerikanische Gründerkultur von der deutschen?

In den USA ist es viel leichter, schnell mit den wichtigen Entscheidern persönlich zu sprechen. Was die Gründer selbst betrifft, ist die Bereitschaft zur Selbstständigkeit extrem ausgeprägt. Etwas Eigenes zu schaffen hat in der amerikanischen Gesellschaft einen ganz anderen Stellenwert.

Welchen Rat würden Sie Menschen geben, die aus Sorge vor den Risiken von einer Unternehmensgründung Abstand nehmen?

Die Risiken reduzieren sich erheblich, wenn von Anfang an ein Team, das sich gegenseitig vertraut, die richtigen Fähigkeiten mitbringt und die Bereitschaft hat, über das normale Maß hinaus Leistung zu bringen, existiert. Zudem empfiehlt es sich, bereits in der Ideenphase nach Partnern und Investoren zu suchen. Wer ein starkes Familiennetz hat, sollte es frühzeitig einbinden, um aus diesem Unterstützung zu erfahren.

Im August 2015 hat Markus Schaarschmidt das Zentrale Fundbüro als Online-Plattform für verlorene Gegenstände in Frankfurt am Main gegründet. Mittlerweile werden monatlich 150.000 Verluste auf der Seite gemeldet. Jüngst wurde er als hessischer Landessieger mit dem KfW-Award Gründen 2017 ausgezeichnet.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH
Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden
Telefon 0611 99906-14

REDAKTION

FDP-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Tatjana Hajmássy (V.i.S.d.P.)
Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Telefon 0611 350-576, Fax 0611 350-579
E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de
www.fdp-fraktion-hessen.de

FDP-LANDESVERBAND HESSEN

Michael Brückmann (V.i.S.d.P.)
Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden
Telefon 0611 99906-15
E-Mail: hessen@fdp.de
www.fdp-hessen.de

Das Magazin von Partei und Fraktion der Freien Demokraten Hessen erscheint zweimal im Jahr.

DRUCK Druckerei Chmielorz GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden BILDNACHWEIS

Thinkstock | Archiv der FDP-Fraktion | Archiv des FDP-Landesverbandes
Pressedienst des Deutschen Bundestages | Privat | © Jonathan Gaubatz (Titelbild)